

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Gerneral Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Rieser, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Postfachkonto: Leipzig 21208.
Stroßstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 259.

Freitag, 5. November 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Porto, vierteljährlich 12.— Mark, halbjährlich 24.— Mark, jährlich 48.— Mark. Einmalige Anzeigen sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Zeile für das erste Mal 10 Pf., für die folgenden 5 Pf. (10 Zeilen). Bei längerer Anzeigendauer wird ein besonderer Preis vereinbart. Die Anzeigen sind in der Redaktion zu geben. Die Redaktion ist in Rieser, Postfach 21208, zu erreichen. Die Redaktion ist in Rieser, Postfach 21208, zu erreichen. Die Redaktion ist in Rieser, Postfach 21208, zu erreichen.

Verkauf von Zement mit den Kontrollnummern:
796 bis mit 799 aus den Werken in Marburg,
135 bis mit 138 sowie die Auslandszementwerke A bis M aus dem Sächsischen
Zementwerk in Dresden,
1163 bis mit 1323 aus den Sächsischen Zementwerken
und wegen Ablaufs der staatlichen Gewährleistung zur Einziehung bestimmt worden.
Dresden, am 3. November 1920. 1695 IV M
Ministerium des Innern. 6828

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen in Paderborn bei Anna Nikol.
Auf die amtliche Bekanntmachung wegen des Ausbruchs der Seuche in Paderborn wird
hingewiesen.
Großenhain, am 4. November 1920.
2473 H. L. Die Amtshauptmannschaft.

Butter und Schmalz betr.

1. Abschnitt 42, gültig vom 8.—14. November 1920, darf mit einem Viertel Stückchen
Butter beliefert werden.
2. Die Verlornerberechtigten erhalten gleichzeitig noch 50 gr Schmalz für 1.90 Mt.
Großenhain, am 4. November 1920.
185 k IV. Der Kommunalverband.

Die mit Bekanntmachung vom 11. Oktober 1920 verfügte Schließung des Bäcker-
betriebs von Richard Max Wilsch in Rieser wird mit Wirkung vom 5. November 1920
wieder aufgehoben.
Großenhain, am 5. November 1920.
1769 a L. Der Kommunalverband.

Vertikales und Sächsisches.

Rieser, den 5. November 1920.

— Verein für Volkshilfe. Sonnabend
7 Uhr Anbahnung (Goethestraße) Beginn des Kuriums über
Bildungsfragen. Montag 8 Uhr Beginn des Kuriums über
Abkündigung und Entlohnung des Menschen (Jugendheim,
Friedrich-Wegmannstr.). Karten für jeden Kurium 4.50 M.
auch zu Beginn der Vorträge.

— Dresden Landgericht. Der 42 Jahre alte
Schweizer Kleinhold Adolf Sch. hatte im August ver-
gangenen Jahres als Reichswehrsoldat aus einem Stall-
gebäude der Artillerie-Kaserne in Rieser vier Sack Hafer
gestohlen und an einen hiesigen Wirtschaftsbefehliger verkauft.
Die hiesige Strafkammer verurteilte den Angeklagten zu
drei Monaten Gefängnis. Wegen des Mankos des Soldaten
wird später verhandelt werden. In der Strafe des Sch.
hat das Gericht eine bereits früher erkannte Freiheitsstrafe
von sechs Wochen mit eingerechnet, die der Angeklagte noch
zu verbüßen hat.

— Hitzkonzert. Wie aus dem heutigen Inserat
ersichtlich ist, veranstaltet der hiesige Ritz-Konzert-Verein
unter Leitung seines Dirigenten Herrn Franz am kommen-
den Sonntag, den 6. November im Saale des Hotels
„Wettiner Hof“ sein 3. Konzert. Aus dem uns vorliegenden
Programm geht hervor, daß auch in diesem Konzert wieder
alle bekannten Meister der Ritzmusik zu Worte kommen
und dürfte der Wunsch der Veranstaltung wohl zu empfehlen
sein, zumal die ersten beiden Konzerte vor ausverkauften
Häusern stattfanden, was als ein gutes Zeichen für die
freundliche Aufnahme der Ritzmusik beim hiesigen Publi-
kum anzusehen ist. Der Saal wird gut gefüllt, jedoch einige
angenehme Stunden gewährt werden.

— Ausgabe von R. A. M. H. Im ganzen Reich
wird vom 1. November 1920 ab neben der bisherigen Pro-
menge eine Zufuhrenmenge von weissem Roggenmehl ausgegeben.
Die Ausgabe geschieht durch die Kommunalverbände. Die
Landesgetreidebehörde hat in diesem Eingangs, als sie im
Eingangs mit dem Landesgetreidebeirat die auszu-
gebende Menge sowie den Preis des Mehls einheitlich für
ganz Sachsen festgelegt hat. Es handelt sich bei dem Rog-
genmehl um niedrig ausgewähltes Auslandsmehl, das ohne
Verbilligung von der Reichsgetreidebehörde abgegeben wird
und bei dem deshalb eine gewisse Höhe des Preises un-
vermeidlich ist. Der Preis ist unter schwächerer Einwirkung
mit 5.40 Mark für das Pfund berechnet worden.
Alle zwei Wochen wird auf den Kopf der Bevölkerung 250
Gramm Roggenmehl zum Preise von 2.70 Mark abgegeben
werden.

— Die Brotstreckung, die im ganzen Reich
eingeführt wird, wird in Sachsen in Höhe von 15 Proz.
erfolgreich. Die vorläufig noch unbestimmte Lage der Brot-
versorgung für das neue Getreidejahr fordert, daß ein Land,
das unter besonders schweren Bedingungen wie Sachsen
die Versorgung seiner Bevölkerung zu bewerkstelligen hat,
mit größter Vorsicht vorgeht. Es muß unter allen Umständen
vermieden werden, daß sich Vorgänge, wie sie in den
Übergangsmonaten des letzten Wirtschaftsjahres infolge
der mangelnden Versorgung durch die Reichsbehörden vor-
liefen, am Schlusse des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres
wiederholen. Aus diesen Erwägungen sehen eine vorläufige
Reiseverbotspolitik dringend geboten. Die 15-prozentige
Streckung ist mit Zustimmung des Landesgetreidebeirats,
der sich aus Vertretern aller beteiligten Erzeuger-
und Verbrauchergruppen zusammensetzt, beschlossen worden.
Sie hat unsonstiger Bedeutung, als sie erstens keine Brot-
schlechterung bedeutet (zur Streckung dürfen nur einbrotiges
und weizenreines Backmehl, Weizenmehl, 65-prozentige
Ausmahlung, und Weizenmehl verwendet werden) und
als ferner die Vorräte, die Sachsen durch seine Streckung,
die 5 Prozent höher als die Reichsstreckung sein wird, an
Brotgetreidemehl erspart, am Ende des Wirtschaftsjahres
in jedem Falle der sächsischen Bevölkerung wieder zurücker-
halten werden. Diese ersparten Mengen werden in den Übergangs-
monaten in den Reichsbeständen zurückgelegt und bilden eine
größere Reserve für das Ende des Wirtschaftsjahres.

— Entscheidung durch Verordnung. Wie
aus den Berichten über die Verhandlungen des Reichs-
politischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates hervor-

geht, ist die Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber Fe-
derationsbrüchen und Stilllegungen dort im Ausmaß be-
handelt worden und soll, wie wir erfahren, nunmehr in
Kraft gesetzt werden. Hierzu schreibt die „Sächsische In-
dustrie“, das amtliche Organ des Verbandes Sächsischer
Industrieller in seiner Nr. 5 vom 30. 10. 20 folgendes:
Wir haben hier wieder einmal ein Schulbeispiel der heute
leider noch immer angebrachten sehr bedauerlichen Methode
der Besetzung in wirtschaftlichen Fragen. Es werden
Verordnungen, die bei einzelnen in private, verlässig-
mäßig garantierte Rechte, erlassen ohne daß der Reichs-
rat zu ihnen Stellung nimmt. Vorbereitet in aller Heimlich-
keit, erscheinen solche Verordnungen meist wie ein Blitz
aus heiterem Himmel, ohne daß die betroffenen Berufs-
kreise ausreichend Gelegenheit haben, sich zu äußern. Als
rechtliche Grundlage für dieses Vorgehen wird allein die
auf dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom 1. August
1914 beruhende Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisier-
ung (7. November 1918) und ihrer Ueerrückungsver-
ordnungen (26. 4. 1919) herangezogen. Man konnte sich
während der Kriegszeit und in der ersten Zeit der Unruhe
nach der Revolution mit dem Vorgehen notgedrungen
einverstanden erklären und hat die ungeheuren rechtlichen
Nachteile, die durch diese überhäufte Art der Gesetzgebung
sich ergaben und die wesentlich dazu beigetragen haben,
daß das Rechtsgefühl des Volkes so abgestumpft ist, wohl
aber nicht in Kauf genommen. Nunmehr scheint es aber
doch an der Zeit zu sein, mit diesem Verfahren einzufahren
und vor allen Dingen endlich ein Gesetz zu erlassen, durch
welches die Demobilisierungsverordnung offiziell als beendet
erklärt wird. Denn wenn man hiermit warten will, bis
sämtliche An- und Abwicklungsstellen endlich ihrer Arbeit
beendet haben, dann wird die jetzige Generation dieses Ge-
richts wahrscheinlich niemals erleben.

— Meldung freier Arbeitsstellen beiden
Bezirks-Arbeitsnachweisen. In letzter Zeit ist
mehrfach beobachtet worden, daß Arbeitgeber unter Ver-
such die Bestimmungen der Bekanntmachung des De-
mobilisierungskommissars für die Amtshauptmannschaft Dres-
den vom 31. Juli 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 176) freie
Arbeitsstellen dem Bezirks-Arbeitsnachweis nicht anmei-
deln. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß
die Arbeitgeber verpflichtet sind, jede offene Arbeitsstelle
 binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bezugs unter An-
gabe der Lohn- und Arbeitsbedingungen dem für ihren
Bezirk zuständigen Bezirks-Arbeitsnachweis in Dresden
dem Zentralarbeitsnachweis anzumelden. Von dieser Ver-
pflichtung befreit auch nicht die Anmeldeung bei einem
Facharbeitsnachweis. Ist jedoch die freie Arbeitsstelle
außerdem bei einem Facharbeitsnachweis angemeldet
worden, so ist dies bei der Anmeldung beim Bezirks-Arbeits-
nachweis mit anzugeben. Ebenso ist jede Beachtung einer
offenen Arbeitsstelle binnen 24 Stunden unter Angabe des
Vor- und Nachnamens und der Wohnung der angestellten
Person dem Bezirks-Arbeitsnachweis mitzuteilen, auch wenn
die angestellte Person durch diesen vermittelt worden ist.
Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen ist die
Strafverfolgung nach § 15 der erwähnten Bekanntmachung
zu erwärten.

— Das Steuerrecht der Religionsge-
sellschaften. Im sächsischen Kultusministerium wird
zur Zeit der Entwurf eines Gesetzes über das Steuerrecht
der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften bearbeitet.
Er hat bereits den obersten Kirchenbehörden und Vertre-
tungen der Religionsgesellschaften vorgelegen, ebenso den
Landesfinanzämtern, denen die Durchführung der Ver-
waltung und Erhebung der Kirchensteuern im allgemeinen
obliegt. Nach dem Entwurf sollen künftig steuerberechtigt
sein alle öffentlichen rechtlichen Religionsgesellschaften und
ihre Unterverbände. Voraussetzung hierfür ist die Auf-
stellung allgemein verbindlicher Steuerordnungen, die sich
innerhalb der Schranken der staatlichen Gesetzgebung zu
halten haben und zur Prüfung dieser Frage vor ihrer Ver-
lebung dem Ministerium des Kultus und öffentlichen
Unterrichts vorzulegen sind. Bereits in § 17 des Voll-
zugsgegesetzes vom 23. 1. 1920 ist das Recht der öffentlich-recht-
lichen Religionsgesellschaften auf Erhebung von Zuschlägen
zur Einkommensteuer zur Körperschaftsteuer, zur Grund-
steuer und zur Grunderwerbsteuer festgelegt. Es werden also

Bekanntmachung,

betreffend Zwangsinnung für das Böttcherhandwerk im Bezirke der Amtshauptmann-
schaft Großenhain.

Nachdem auf Grund der Bekanntmachung vom 7. Oktober 1920 in der dort fest-
gesetzten Frist 4 Böttchermeister für die Gründung einer Böttcherzunftinnung im Bezirke
der Amtshauptmannschaft Großenhain sich ausgesprochen haben, wird hierdurch wieder
öffentlich bekanntgemacht, daß die Liste derer, die Erklärungen abgegeben haben, vom
7. bis 20. November 1920 Wochentags in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr
mittags in der Amtshauptmannschaft, Zimmer Nr. 14, zur Erhebung etwaiger Wider-
sprüche zur Einsicht ausliegt. Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Widersprüche müssen
unberücksichtigt bleiben.

Großenhain, am 5. November 1920.

1506 b F.

Der Kommissar,

an. G. L. S. L. Regierungsrat.

Spiritusmarkenausgabe in Gröbba.

Sonnabend, den 6. November 1920, vormittags von 8 bis 11 Uhr werden im
hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6 die Spiritusmarken für Kinder bis zu einem Jahre
ausgegeben. Die Lebensmittelkontrollkarte ist mitzubringen.
Gröbba (Elbe), am 4. November 1920.

Der Gemeindevorstand.

Der 1. Nachtrag zum Ortsstatut, die Erhebung von Abgaben zur Armenkasse bei
Veranstaltung von Lustbarkeiten aller Art in Wald, Schant- und Gesellschaftstoten oder
auf öffentlichen Wegen und Plätzen betr., vom 3. 6. 1. 7. 1912 liegt von heute ab 14 Tage
lang zu jedermanns Einsicht im Gemeindeamt aus, nachdem derselbe aufsichtsbehördliche
Genehmigung gefunden hat.
Weißa bei Rieser, am 5. November 1920.

Der Gemeindevorstand.

im wesentlichen diejenigen Steueracten aufrecht erhalten
die bisher schon nach 233. vom 11. Juni 1913 gültig
waren. Das neue Gesetz wird zugleich in Ausführung des
§ 17 des Vollzugsgegesetzes feste Grundzüge für die Er-
hebung der Steuern festlegen. Angelegenheiten von Ju-
stizialen zur Körperkassensteuer, deren Erhebung von Reli-
gionsgesellschaften nach § 17 des Vollzugsgegesetzes zum
233. bereits allgemein zugeordnet worden ist, wird der
Grundlagen freigegeben werden, daß die Religions-
gesellschaften nur ihre Mitglieder zu den Steuern heran-
ziehen dürfen. Die Steuerpflicht beginnt und endet nach
dem Entwurf mit dem Ablauf des Monats, in dem das die
Steuerpflicht begründende Verhältnis eingetreten oder weg-
gefallen ist. Die Steuerpflicht einer natürlichen Person
erlischt also mit dem Ablauf des Monats, in dem sie ver-
storben oder in dem ihr Kirchenaustritt von zuständigen
Standesbeamten beurkundet ist. Es ist beabsichtigt, dem
Gesetz rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 ab zu geben,
wobei jedoch die von jenem Tage ab bereits erhobenen
gleichartigen Steuern auf die neuen Steuern angerechnet
sind.

— Nochmals: Dreesch und Reichswehr.
Das Reichswehrkommando 4 hatte bereits vor einigen Tagen
öffentlich erklärt, daß zwischen Dreesch und Reichswehr
keinerlei Abmachungen bestehen und daß die in der Presse
genannten Offiziere keine Reichswehrgenossen seien.
Diese Erklärung zu ergänzen, liegt auch nach Veröffent-
lichung eines Protokolls in der „Leipziger Volkszeitung“
Nr. 225 vom 2. v. M. keine Veranlassung vor. Auch die
dort genannten Persönlichkeiten gehören sämtlich nicht der
Reichswehr an. — Wie die Chemnitzer Beamten der Landes-
polizei, so hat auch die Fachgruppe der Landespolizei
des Verbandes Sächsischer Polizeibeamter in einer kürzlich
besetzten Versammlung in Dresden eine energische Ent-
scheidung angenommen und dem Minister des Innern
unterbreiten lassen, in der die Behauptung, daß drei Beamte
der Beamtenliste bereit sei, sich an gegenrevolutionären
Aktionen zum Sturze der Regierung und Beilegung der
gegenständlichen Verfassung zu beteiligen, wenn sie wirklich
gefallen sein sollte, als eine Freivoluntät und ein verdammt-
wertes Spiel mit dem Ansehen der Landespolizei auf-
sich zu schreiben wird. Die Entscheidung endet mit
folgendem Satz: „Unbestimmt von welcher Seite gehen
die zurzeit bestehende Verfassung in irgendeiner Form un-
gesetzlich Sturm gelassen werden sollte, wird die Gesam-
theit der grünen Polizeibeamten nur ihre Pflicht erfüllen
und nach den Weisungen der Regierung alle etwa notwendig
werdenden Gegenmaßnahmen unter allen Umständen zur
Durchführung bringen.“

— Fahrplankonferenz in Leipzig. Mit-
woch trat im Leipziger Hauptbahnhof die erste allgemeine
deutsche Fahrplankonferenz nach Beendigung des Krieges
zusammen. Es handelt sich darum, den gesamten deutschen
Eisenbahnverkehr nach Möglichkeit einheitlich zu gestalten
und die Anknüpfung an die beiden großen Eisenbahnlinien
herausstellen. Der Rat der Stadt Leipzig, die Handelskam-
mer, Gewerbeamt, das Postamt und der Verkehrsverein
haben ein Begrüßungsgramm an die Konferenz ge-
richtet, in welchem sie darum eruchen, mit der bisherigen
Notierung der Fahrpläne vorzugsweise nach den Interessen
von Berlin, Köln und Frankfurt a. M. zu brechen und for-
berden, auch die anderen großen Verkehrszentren, namentlich
auch Leipzig, zu berücksichtigen.

— Die Ausfuhr von deutschen Kartoffeln.
Amlich wird aus Berlin gemeldet: Troden bereits meh-
fach in der Presse darauf hingewiesen worden ist, daß
grundätzlich eine Ausfuhr von deutschen Kartoffeln nach
dem Auslande nicht statifindet, wird die Bevölkerung nach
wie vor durch Gerüchte beunruhigt, nach denen angeblich
große Kartoffelmengen in Deutschland zu niedrigen Preisen
aufgekauft und in das Ausland verschoben werden. Diese
Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Ausfuhrbewilligungen
für größere Kartoffelmengen sind bisher nur für die
deutsche Bevölkerung im Saargebiet, sowie in beschränk-
terem Umfange für Deutsch-Oesterreich erteilt worden.
Anderem war Deutschland durch einen Staatsvertrag der
Tschchoslowakei gegenüber verpflichtet, gewisse Mengen
Saarkartoffeln an sie zu liefern. Eine ähnliche Verpflichtung
bezieht Deutschland zugunsten Frankreichs auf Grund

des Berliner Friedensvertrages. Es ist möglich, daß gerade diese letztere Verpflichtung den Anlaß zu den beunruhigenden Gerüchten gegeben hat. Demgegenüber sei aber erneut festgestellt, daß die Ueberwachung der Grenzen gerade im Hinblick auf unerlaubte Kartofeltransporte wesentlich verbessert ist, so daß eine die Verlangung Deutschlands gefährdende Ausfuhr von Kartoffeln als unmöglich gelten kann.

Die Händhölzer werden wieder billiger. Durch Einlauf der verhältnismäßig günstigen Salzfische ist es, wie aus Berlin berichtet wird, den Händhölzern möglich geworden, den Bedarf an ausländischen Rohstoffen für die nächsten Monate zu decken. So brauchen einzuweisen keine ausländischen Händhölzer mehr eingeführt werden. Die Preise werden sich dann beim Verkauf für das Lalet zu 10 Schachteln auf 2,50 Mark, statt bisher 3,50 Mark, stellen. Die Höchstpreise für Westfälischen Händhölzer und Buchhölzer betragen 2 Mark für das Lalet zu 10 Schachteln oder Büchern.

Möderau. Bericht über die öffentliche Gemeindevorstellung am 8. November 1920. 1. Betreffs des Anlaufs der Pflanzbäume an der Moritzer Straße wurde beschlossen, Sonntag, den 7. November mit den Besitzern an Ort und Stelle über den Preis der Bäume zu verhandeln. 2. Wegen der Verwässerung des Sport- und Spielplatzes soll der Bauausschuß mit den Besitzern verhandeln. 3. Eine Vergütung für die Wähler bei der Landtagswahl wurde abgelehnt. Als Wähler bei der Landtagswahl wurden gewählt die Herren Dolmetscher, Felder, Schlegel, Zimmermann, Lehmann, Grabs und Kimmel-Bronnisch. Herr Gemeindevorstand Doale wurde als Wahlvorsteher und Herr Gemeindevorsteher Biella als Stellvertreter gewählt. Der Gemeindevorstand teilte mit, daß die Firma Kändler, Biella, 1000 Mark Strafenhaftungsschuldigkeit gezahlt hat. Betreffs der von der Firma Schulze in Biella an leitenden Strafenhaftungsschuldigkeit soll die Amtshauptmannschaft zur Vermittlung herangezogen werden. Die erste Expedientin, Frau verw. Doale, hat ihre Stelle am 15. Oktober aufgegeben. Die Stelle soll nicht wieder besetzt werden. Betreffs der Wohnungen im Referatsbezirk Heilbain muß erst Verzicht von der Amtshauptmannschaft abgewartet werden. Wegen der Kartofelverlangung will man abwarten, bis ein Beschluß hinsichtlich der Verlangungskartofeln vorliegt. Für den Ortsteil waren 40 Waffenschneide und Auswelle eingeangenen. Das Schreiben der Amtshauptmannschaft über Beihilfe zum Bauen von Wohnungen und zu Reparaturen an Grundstücken soll durch Anschlag sofort bekanntgegeben werden. Wer davon Gebrauch machen will, hat sich sofort auf dem Gemeindevorstand zu melden. Der Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuerunterstützung wurde befürwortet. Für den umgefahren Baum an der Meißner Straße ist eine Entschädigung von 100 Mark gezahlt worden. Das Land hinter der Albersstraße soll vorläufig nicht verkauft werden. Die Gemeindevorstandungen liegen vier Wochen im Gemeindevorstand aus. Es wurde beschlossen, daß das Gemeindevorstand am 9. November geschlossen bleibt.

Raffen. Aus dem Lehrerbericht nach 42 1/2 Jähr. Amtstätigkeit. Einmalig Besondere, ein begabter Förderer der deutschen Turnvereine. Der verdiente Gesamtmeister errichtete bei dem Scheiden aus seinem Amte eine Stiftung zugunsten der für die Turnvereine begeisterten älteren Seminaristen des hiesigen Seminars.

Dresden. Von der Dresdner Kriminalpolizei wurde eine 34 Jahre alte Ehefrau, die bei einem alten Ehepaar in der Kleinen Bräuerstraße, die bei einem alten Ehepaar in einem Verbrechen vorläufig festgenommen. Die Frau verurteilte dritte Verurteilung durch in Aussicht gestellte Geldstrafe dahin zu bestimmen, den Wohnungsinhaber, einen 76 Jahre alten Mann, die Treppe hinaufzuführen, um dadurch seinen Tod herbeizuführen und einen Unglücksfall vorzutauschen. Die Frau, die geschädigt ist, wollte sich auf diese Weise in den Besitz der Wohnung belassen.

Dresden. Ein hochbetagtes Brautpaar hat im Priester Standesamt das Eheband geknüpft. Der in der Dorfstraße zu Dresden wohnhafte privatierende Konsul Max Wiedrich, der das 90. Lebensjahr überschritten und früher lange Zeit in Rußland verbracht hat, will sich mit der Ingenieurwitwe Albertine Veltzoff, seiner Kusine, die mehr als 70 Lebensjahre zählt und ihm gegen 50 Jahre die

Wirtschaft geföhrt hat, vermählen. Ihre rechtliche Frauung soll, wenn es der Gesundheitszustand des Neinschäftigen wieder erlaubt, in der katholischen Kirche zu Vorstadt Cotta vollzogen werden.

Moskau. Die städtischen Körperchaften bewilligen zunächst 75 000 Rubel zur Abgabe von je einen halben Rubel Kartoffeln an Erwerbslose, Kriegsveteranen, Arbeitslosen und sonstige Kinderheimkinder zum verbilligten Preis von 10 Rubel. Sobald die Zulieferung von Kartoffeln fähig werden, sollen diese den Verlangungskarten weitere 1 1/2 Rubel zu demselben Preis erhalten. In Betracht kommen rund 10 000 Personen. Der Stadt erwächst dadurch eine Gesamtausgabe von etwa 200 000 Rubel.

Johanngeorgenstadt. Ein gefährliches Schwefelfeuer wütete an der Eidenhofer Straße. Das dem Bergarbeiter Thelmer gehörige einstöckige Wohnhaus brannte nieder. Die Feuerwehren hatten eine gefährliche, schwere Arbeit. Eben war man noch mit dem Schutze eines angebauten Schuppens und der angrenzenden Häuser beschäftigt, als plötzlich die Flammen aus dem etwa 50 Meter von der Brandstelle entfernt gelegenen, dreistöckigen Hotel des hiesigen zweistöckigen Wohnhauses an der Dennewegstraße schlugen. Durch den starken Sturm und den Windstößen war auch dieses Gebäude vom Feuer ergriffen worden. Es brannte auch vollständig nieder. Der Schaden ist groß.

Zanegeschichte.

Deutsches Reich.

Die Entente und die „Ordnung“. Wie aus Paris verlautet, will der Oberste Rat eine Note wegen der Beistimmung der „Ordnung“ an Deutschland richten.

Wie die Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene mitteilt, haben die mit Polen gefangenen Verhandlungen über den Transport deutscher und russischer Kriegsangehöriger durch Polen hindurch zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Ermöglicht ist nunmehr, auch im Winter Transporte aus Rußland zu übernehmen und die Kriegsgefangenen der Heimat zuzuleiten.

Die Kreditorganisation für die deutsche Industrie. Die von einigen Zeitungen vorgeschlagene gedachte Nachricht, die Regierung habe den Plan einer Kreditorganisation für die deutsche Industrie fassen lassen, ist, wie wir von unterrichteter Seite hören, unzutreffend. Der Reichswirtschaftsrat hat sich auf dem Vorkonferenz nur gegen den irreführenden Namen Reichswirtschaftsbank gewandt, um damit auszuweichen, daß es sich nicht um ein neu zu gründendes Bankunternehmen handle, sondern gebernenfalls um eine gemeinnützige mit den Banken aufzubauende Kreditorganisation für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

Vor den Vorkonferenzen in Berlin kam es Donnerstag vormittag zu mehreren Zusammenkünften zwischen Ausständigen und Arbeitsschlichtern, die Notstandsarbeiten verrichten wollten. Mehrere Arbeiter wurden verprügelt. Andere verweigerten sich Eingang in die Fabrik unter dem Vorwande, arbeiten zu wollen, und hielten verschiedene Geizer, zum Teil mit Gewalt, von ihrer Arbeitshütte fern.

Aur polizeilichen Vernehmung Berliner Hoteliers. Die Zentralorganisation der deutschen Hoteliers in Düsseldorf hat, wie das „Berl. Tagblatt“ erzählt, ihren Vorstand nach Berlin entsandt, der heute eine Protestaktion bei den zuständigen Reichsbehörden vornehmen wird.

Der internationale Kongress der Post-, Telegrafien- und Telephonangehörigen. Der dieser Tage in Mailand stattfindend, hat vor Abschluß seiner Verhandlungen den Antrag der italienischen Delegation abgelehnt, den 1. Mai durch eine 24stündige Arbeiterruhe zu feiern, da gegen einen Antrag der englischen Delegation angenommen, daß der 1. Mai als Feiertag des ganzen internationalen Proletariats betrachtet werden müsse. Der Kongress erörterte ferner die Frage der Kontrolle der Betriebe durch das Personal (Mitbestimmung). Die Mehrheit der Kongressmitglieder war für bloße Einführung des Mitbestimmungsrechts unter Ablehnung jeder Mitarbeit an der Verwaltung.

Amerika.

Der beabsichtigte Kardinal. Infolge des Ausfalles der Präsidentenwahl wurde zum Gouverneur von New York anstelle des bisherigen demokratischen republikanischer Kandidat gewählt. Bei der Abstimmung in Kalifornien

dat sich eine große Stimmenmehrheit für das Reich ergeben, wonach Japaner seinen Grundbesitz erwerben dürfen. Log healthministerie Darbina zur Wahl und erklärt, daß er die Regierung unter allen Umständen unterstützen werde.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 8. November 1920.

Rundgebung der Gewerkschaftsverbände.

Berlin. Die deutschen Gewerkschaftsverbände haben gestern einstimmig eine Rundgebung angenommen, in der es heißt: Von Tag zu Tag mehr sehen sich die Einzelnen, die die Gefahr einer gewalttätigen Verletzung unserer demokratischen und industriellen Freiheit durch französische Streitkräfte näher rücken. Die Folgen einer solchen Verletzung Deutschlands würden katastrophal werden. Nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerfallen, sondern ein 60-Millionen Volk zugleich dem Hunger und der Verarmung überliefert und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Der Ausschuss des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt die schärfste Verwarnung gegen die französische Vergewaltigungsabsicht und warnt die verantwortlichen Gewalttäter vor der Ausführung solcher Pläne. Der Bundesausschuß ersucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und appelliert an den internationalen Gewerkschaftskongress in London, eine Rundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.

Die Durchsuchung Berliner Hotelbetriebe.

Berlin. Gestern wurde die Durchsuchung in den Räumen der Hotelbetriebe durch die Polizei wiederholt. Da bei der Polizei eine Anzahl einsteigen war, daß unter den Wächstkapeln die wichtigsten Geschäftsbücher verborgen seien, wurden die Wächstkapeln des Betriebes durchsucht. Der Reichswirtschaftsrat wird sich heute mit den Ausschüssen in den Hotels beschäftigen; auch in der Landesversammlung wird der Fall zur Sprache gebracht werden.

Befehlsgang der Danziger Finanzsena.

Danzig. Nach einer Verlesung des hiesigen Oberkommissars ist gestern morgen die Befehlsgang sämtlicher der Danziger Untertreter der Danziger Finanzsena verleset worden. Zwei davon können nur als Schuldingen angesehen werden, die beiden anderen sind für Kriegsdienst ebenfalls nicht geeignet.

Die Entscheidung über die Donau.

München. Ueber die Zukunft der Donau wird in der nächsten Zeit die Entscheidung der internationalen Donaukommission fallen. Die gegenwärtigen Beratungen in Paris haben entgegen anders lautenden Meldungen den Charakter eines Definitivums. Es soll jetzt beraten werden, wobei sich die Kommission am 1. Dezember begeben wird. Ihre Sitzungen dürften den ganzen Dezember in Anspruch nehmen, denn es handelt sich um die Feststellung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen. Als großer Vorteil muß bezeichnet werden, daß in dem Präsidium der Donaukommission alle sechs Monate ein Wechsel stattfindet, was ist darüber Arbeit geschaffen worden, daß der gesamte Fluß von Ulm bis Galas der internationalen Donaukommission unterstellt ist.

Einbau des Reichsfinanzhofes.

München. Die höchste Finanzbehörde des Reiches, der in München stationierte Reichsfinanzhof, ist ausgebaut worden. Er besteht jetzt aus 1 Präsidenten, 3 Senatspräsidenten, 20 Reichsfinanzräten und 1 Hofpräsidenten. Der Reichsfinanzhof gliedert sich in 4 Senate, die auf das ganze Reich verteilt sind.

Konferenz unabhängiger Sozialisten.

Frankfurt a. M. Die „Frankf. Sta.“ meldet aus Bried: Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Deffer's Backpulver



das altbewährte

Gesund und Süß.

Original-Formel von Erich Ebenstein.
30. Fortsetzung.

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, genügt die beste Opernsängerin, Fräulein Spira, auch mit Schluß dieser Zeit aus dem Leben zurückzuführen. Wir würden sehr gern, wenn die Nachricht auf Wahrheit beruht. Publikum und Spielerschaft würden dabei gleichermaßen verlieren. Denn Fräulein Spira ist nicht nur ein Mitglied aller Opernbühnen, sondern durch gründliche musikalische Ausbildung, sympathisches Temperament und nie veragendes Pflichtgefühl auch eine der vorzüglichsten Soubretten des hiesigen Kunstvereins. Wie wir hören, macht denn auch die Spielerschaft durch äußerliche Entgegenkommen in Bezug auf Urlaub und Gageerhöhung alle Anstrengungen, Fräulein Spira zum Bleiben zu bewegen. Leider bisher ohne Erfolg. Es heißt, daß Fräulein Spira's Nerven angegriffen seien durch das tragische Ende ihrer Freundin Helene Widenroth, deren Verlust sie nicht überwinden kann. Inzwischen hoffen wir noch immer, ein ausgiebiger Erholungsurlaub werde Fräulein Spira in den Stand setzen, der Götter ihrer künstlerischen Wirkung auch fernhin treu zu bleiben.

Diese Notiz, welche die Morgenblätter gebracht hatten, ging Vera von Troll beständig im Kopf herum, während sie sich auf dem Weg zu Fräulein Spira befand.

Seit vier Wochen war sie deren Schalerin, fuhr wöchentlich zweimal deshalb von Wolfershausen herein und gab sich alle Mühe, ihrer Lehrerin auch sonst näher zu kommen. In diesem Bemühen unterließ sie Lante Dienste redlich, indem sie Vera, so oft es sich schickte, von der Stunde abholte und bestrebt war, die alten Jugendbeziehungen wieder aufleben zu lassen.

Leider hatten beide Damen bisher wenig Erfolg zu verzeichnen. Fräulein Spira war zwar stets voll höflicher Liebenswürdigkeit, dabei aber äußerst zurückhaltend, was ihre persönlichen Angelegenheiten betraf. Je öfter aber Helene Widenroth und deren tragischen Tod vermisste sie jedes Gespräch.

Wenn Sie es gut mit mir meinen, dann sprechen Sie über diese ganze schreckliche Sache gar nicht, sagte sie einmal, als Renate von Troll einige Fragen über die Ermordete an sie richtete. „Es hat mich zu sehr angegriffen!

Ich weiß ja auch gar nichts Näheres, und es war mir peinlich genug, daß ich dem Untersuchungsrichter Rede stehen mußte! Hauptächlich, um dem Gerichte und der Fragerei meiner Bekannten zu entgehen, schickte ich damals nach Erdmannshöh zu Winters und nahm längeren Urlaub. Auch jetzt, wo ich wieder in der Stadt lebe, verleihe ich hauptsächlich aus diesem Grunde fast mit niemandem.“

„Sie sagten doch halbi und nervös, während ein geheimer Ausdruck in ihre noch immer schönen dunklen Augen trat, und die sonst stets lächelnden, sorgfältig mit Pulver und Schminke behandelten Lippen plötzlich schief wurden.“ In diesem Augenblick sah sie trotz aller angewandten Kräfte alt und verblüht aus, kaum länger als Fräulein Renate.

„Da ist nichts zu machen,“ sagte Vera später mühsam zu ihrer Lante. „Wir werden nie etwas aus ihr herausbekommen, das Verti nützen könnte, und vergeden nur unsere Zeit.“

Aber Lante Renate war anderer Meinung. „Gerade, daß sie Fragen fürchtet, und seit dem Verbrechen, hat sich zu beruhigen, immer nervöser wird, beweist doch, daß sie mehr weiß, als sie zugeben will. Wir müssen Geduld haben und die Zeit wirken lassen. Wie ich die Sache beurteile, kämpft die Spira innerlich einen schweren Seelenkampf, der ihre Nerven langsam, aber sicher zerstört. Ich glaube, eines Tages wird sie die Herrschaft über sich verlieren und das Bedürfnis haben, sich irgend jemand mitzutellen.“

„Das wird dann aber Johanna Kolbe, Ihre getreue Mitarbeiterin, sein und nicht wir!“

„Wer weiß? Die Kolbe ist bei aller Anhänglichkeit und Ergebenheit doch ganz ungeschick. Ein Dienstbote eben. Solche Leute wählt man nicht zu Vertrauten.“

„Aber um wird sie erst recht nicht dazu wählen!“

„Warum nicht? Sie ahnt ja nichts von meinen Beziehungen zu Gerdt, und muß und daher für ganz unbestimmt an der Sache halten.“

„Ich wollte doch lieber, wir könnten uns endlich wieder mit Herrn Dembel beraten! Es ist zu ärgerlich, daß er einfach fortzieht, ohne uns zu verständigen, und uns selbst gar keine Nachricht zukommen läßt. Wäre du gestern abends in seiner Wohnung nachfragen, wie da vorhatst, Lante?“

„Ja. Und das arbeitslose Weib, seine Mitarbeiterin,

hat mich beinahe hinausgeworfen in ihrem Zorn über meine ewige Fragerei. Gemerkt ist noch nicht zurückgekehrt und sie behauptet, nicht zu wissen, wohin er zieht. Ich war dann noch in der Enderstraße und fragte nach Herrn Moders, aber auch dort wußte man nichts Neues von ihm.“

„Glaubst du, daß er in unserer Angelegenheit verwickelt?“

„Ich bin davon überzeugt. Wahrscheinlich fand er eine neue Spur, die er sofort verfolgen mußte.“

„Wir wollen es hoffen! Weißt du, Lante, daß Gerdt nun schon volle zwei Monate in Anwesenheit ist? Und Vera glaubt fester als je an seine Schuld! Wenn du und Dr. Kammstedt nicht wären, ich müßte verzweifeln!“

„Sei doch nicht so Neimützig, Vera! Was sagt denn übrigens Kammstedt? Er war doch neulich bei Gerdt.“

„Er ist seifenhaft von seiner Unschuld überzeugt. So fest wie wir. Aber sowohl er als Bertie sind der Meinung, wenn der wahre Täter nicht gefunden werden kann, würde es sehr schwer halten, die vorliegenden Verdachtsgründe gegen Bertie zu entkräften.“

„Darin haben sie recht. Nicht schwer — geradezu unmöglich würde es sein. Die Welt glaubt ja immer nur, was sie sieht.“

Acht Tage später fand die Notiz über Fräulein Spira's Entschluß, ihren Perus aufzugeben, in den Zeitungen.

„Eigentlich sehr vernünftig von der Dame,“ bemerkte Herr von Troll beim Frühstück, nachdem er die Nachricht laut vorgelesen hatte. „Sie wartet nicht erst, bis sie gegangen wird, und hat's schließlich auch nicht nötig, da sie ja reichlich zu leben hat.“

Fräulein Renate bilde ihre Rechte bedeutungslos an. „Ich glaube eher, daß es wirklich ihre Nerven sind, die sie zu dem Entschluß drängen,“ sagte sie bedächtig.

„Die gute Annette hat sich sehr verändert, und fühlt sich nicht mehr wohl in ihrer Haut. Das bemerken Vera und ich in letzter Zeit nur zu deutlich. Manchmal sieht sie ordentlich verblüht vor sich hin, als seien ihre Gedanken ein bißchen verwirrt. Ich fürchte, sie ist ernstlich krank.“

„Dann müßte aber Vera doch schleunigst die Stunden bei ihr aufgeben,“ meinte Frau Sophie erschrocken. „Ich bezweifle überhaupt nicht, wie sie gerade darauf kam, sich fern zu gehen, und noch dazu bei der Spira, die schon immer überspannt war!“

Fortsetzung folgt



Turnverein Gröba.

Sonntag, den 7. November, von 8 Uhr an
Fanzfränzchen
im „Gasthaus zum Anker“. Hierzu ladet alle Mitglieder
nebst Angehörigen herzlich ein der Turnrat.

Gasthof Weida.

Sonntag, den 7. November, von 4 Uhr an und
Montag, den 8. November, von 8 Uhr an

grosser Kirmesball.

Ergebenst ladet ein Karl Seydewitz.
— Nur gute Küche ist gesorgt. —

Achtung! Achtung!
Wo gehen wir Sonntag hin? Alles nach

Gasthof Grödel

zu dem altbekannten Kirmesball!

Sonntag, den 7. und Montag, den 8. Nov., Anfang 4 Uhr.
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Gutscheleite Zimmer. Gutscheleite Zimmer.
Freundlich ladet ein Robert Samm.

Reichshof Zeithain.

Sonntag und Montag, zur Kirmes große öffentliche Ballmusik.

In beiden Tagen Anfang 4 Uhr.
ff. Speisen und Getränke.
Hierzu ladet freundlich ein César Gäßler.

Gasthof Mergendorf.

Sonntag, den 7. November, von 4 Uhr ab feiner Kirmesball.

Kirmes-Montag, 8. November, Streichkonzert, von 8 Uhr ab
feiner Ball.

In beiden Tagen spielt die Oschauer Stadtkapelle.
Mit warmen und kalten Speisen und Getränken warten
bestens auf und laden von Stadt und Land dazu freund-
lichst ein Paul Röber und Frau.

Gasthof Heyda.

Sonntag, den 7. November, zum Kirchweihfest — von 5 Uhr an — feine Ballmusik.

Montag, den 8. November
gross. Extra-Konzert
von der ehemaligen Garnisonkapelle.
Leitung H. Gimmter, Obermusikmeister a. D. Anfang 7 Uhr.

Nach dem Konzert feiner Ball.
Für ff. Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Ergebenst ladet ein G. Sommer.

Gasthof Wülfnitz.

Sonntag, den 7. November großer Kirmesball, Anfang 4 Uhr.

Montag, den 8. November
großes Extra-Konzert mit Ball
ausgeführt v. d. Großenhainer Stadtkapelle. Anfang 7 Uhr.
ff. Speisen und Getränke mit Thüringer Köstchen.
Um recht zahlreichen Zuspruch bitten
Friedrich Eckert und Frau.

Gasthof Canitz.

Sonntag, den 7. November, abends 8 Uhr Sensations-Gastspiel des Zauberkünstlers, Telepathen und Experimental-Psychologen

Direktor W. Curti Goshfeldt. Eintritt M. 2.50.
Nachmittag 5 Uhr Kindervorstellung für Laubertkunst.
Eintritt M. 1.—

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben
Sohnes und Bruders, des Fahrers
Max Ebert
bei der 73. Feldkolonne, drängt es uns, den
Herren Offizieren, Unteroffizieren und Mann-
schaften für die Beweise aufrichtiger Teilnahme
und Blumenbesand und leichten Geleit, sowie
für die trostreichen Worte des Herrn Dio-
warrers Birnbaum unseren innigsten Dank
auszusprechen.
Dresden, den 8. 11. 1920.
Die trauernde Familie Ernst Ebert.

Besten früh verschied nach langen schweren
Leiden in ihrem Heimatsort unsere liebe Mutter,
Tochter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin
und Tante
Therese Anna Voigt
verw. gew. Altner geb. Lutzmann.
Gröba, den 5. 11. 1920.
Die tieftrauernden Kinder
nebst allen Hinterbliebenen.
Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr
in Meyberg statt. — Freundlich zugebachtete Kranz-
spenden werden dankend abgelehnt.

Handel, Handwerk u. Gewerbe v. Stadt u. Land

(Mitte stand)

Sonntag, am 7. November, vormittags punkt 10 Uhr im Bettiner Hof in Riesa

einzigste öffentliche Wahlversammlung.

Redner: Herr Noak, Tapezierermeister, Gottleuba.

Tagesordnung:
1. Unsere Stellungnahme zur Landtagswahl. 2. Freie Aussprache.

Mittelständler, Männer und Frauen erscheint alle. Es ist wichtig zu wissen, wem kann ich meine Stimme geben.
Wirtschaftl. Vereinigung f. Handel, Handwerk u. Gewerbe.

Vereinsnachrichten

Deutscher Musiker-Verb., Ortsgruppe Riesa. Sonntag,
7. 11., 10 Uhr Versammlung im Bettiner Hof (Rad-
fahrerszimmer). Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
Rieschen. ehem. Feiernachf. Sonntag, 7. 11., vorm. 9 Uhr
Vollversammlung Sibirstraße (kleiner Saal). Wichtig.
Jungfrauenverein „Ammergrün“. Sonnabend, 6. Nov.,
7 Uhr Vorstandssitzung, 8 Uhr Versammlung.
Wertheimer-Vereinsverein Riesa. 6. 11. 7^{1/2} Uhr Ver-
sammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung wird voll-
ständiges Erscheinen erwartet.
Sombod. Verein Riesa. Sonnabend, den 6. Nov., abends
8 Uhr Versammlung im Schlachtbol.
M. S. G. 10. Sonntag, den 7. 11., vormittags 10^{1/2} Uhr
im Karpfen Monatsversammlung. Erscheinen aller
Mitglieder erwünscht.
Gabelsb. Stenogr.-Verein Riesa. Mitglieder, die zu dem
am 14. 11. stattfindenden 80. Vereinsstiftungsfest Gäste
einladen wollen, werden ersucht, dieselben in die im
Vereinslokal (Hotel Kronprinz) ausliegende Liste bis
spätestens Montag abend einzutragen.
Turnv. „Artschau“, Heyda. Sonnabend abd. 8 Uhr Verf.

Zither-Musikverein Riesa-Gröba.

Dirigent: Zithervirtuos R. G. Franz, Inhaber des
Kunstzeichens der preuß. Regierung.

Sonnabend, den 6. No-
vember 1920, abends
8 Uhr
im Bettiner Hof in Riesa

3. Konzert

35 Mitwirkende.
Saalöffnung 7 Uhr, Anfang punkt 8 Uhr.
Preise der Plätze: Saalplatz 3 M., Seitenreihe 2 M.
— Jeder Platz ist nummeriert. —
Vorverkaufsstellen: Friseur Goldsch, Riesa,
Gauspfer, u. im Vereinslokal zur Wartburg.
Der Saal ist gut geheizt!

Margarine

— Fabrikate erster Fabriken —
in Kübel-, Kisten- und Würfelpackung
halte für Wiederverkäufer zu
Original-Fabrikpreisen
stets auf Lager.
Paul Starke am Albertplatz.

Das gute Riebeck-Bier

8% Vollbier

Die altberühmten Spezialbiere

St. Barbarabräu dunkel

Riebeck-Bombenbier hell

kommen überall in Fässern und Flaschen zum Verkauf.

Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz Riebeck & Co.

Aktiengesellschaft.

Niederlage Riesa, Fernspr. 23.

Große öffentliche

Wähler-Versammlungen

Sonntag, den 7. November, nachm. 2 Uhr in Kreinitz im Gasthof

Dienstag, den 9. November, abends 7 Uhr in Strehla im Vindenhof.

Referent: Herr Lehrer Lang, Leipzig.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Landtagswahl und die Sozial-
demokratie.

2. Freie Aussprache.

Männer und Frauen von Kreinitz, Strehla

und den umliegenden Dörfern erscheint zahlreich. Es geht um Euer aller
B Wohl. Der 14. November entscheidet auf 4 Jahre des Landes und damit
Euer Geschick. Denkt an die „bürgerliche Sachministerregierung!“ Denkt an
die Zerörter der Einheitsliste der Arbeiterbewegung! Keine Stimme den
Volkseindern und Schädlingen unserer Sache! Wer für wahre Freiheit und
Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist, komme zu uns!

Die alle sozialdemokratische Partei S. P. D., Unterbezirk Warzen.

Arbeiter-Radfahr. „Solidarität“

— Ortsgruppe Heyda. —
Sonntag, den 7. November, findet im Gasthof zum
Schwan, Mergendorf, unser

15. Stiftungsfest
statt. Reigenfabren. Anfang 4 Uhr. Gäste willkommen.

Herbst-Blanzung.

Verfüge in diesem Jahre über große erstklassige
Bestände von

Obstbäumen, auch Hauspflanzen,
Beerenobst, Rosen- und Ziergebüßen.
Preise auf Anfrage.

Bausitzer Baumschulen

Paul Vinterl.

Gladys Esch-Bishop

Dentistin

Erich Esch

Dentist

gelern hiermit an, daß sie am 15. Oktober die
Praxis der Dentistin Natalie Bern-Gröbe,
Kaiser-Wilhelm-Platz 4a, übernommen haben.

Tabak-Roebler

Fabriklager
Riesa
Rail-Wilb.-Pl. 20
Dampfb., Tel. 550.

Rein. Mandstafel 18 M. p. Pfd.
Reiner Zigarettabak v. 3.50 M. an
Gute Zigaretten v. 60 Pfg. an
Zigaretten zu Fabrikpreisen.
In Kantabak 1.50 M.
Best. Bezug f. Wiederverkäufer.

Damen-Hüte

in Fila, Velour, Sammet
u. f. w. werden nur in der
Stroh- und Filzfabrik

Pflugk & Kaiser

Wettinerstraße 21
fachmännisch und tadelloß
umgearbeitet
bäumgepreßt
Kürzeste Lieferzeit.
Billigste Preise.

Rein Laden. Man achte
genau auf
Firma und Hausnummer.

Gasthof Eichtensee.

Sonntag u. Montag ladet zur
Kirmes sowie an beiden
Tag. 8 Uhr ab.
Ballmusik
von 4 Uhr an ergebenst ein
E. Wirtig.

Gasthof Kobeln.

Sonntag, den 7. November
feiner Kirmesball
wogu ergebenst einladet
Franz Dreßler.

Gasthof Bahra.

Sonntag, 7. Novbr., ladet zur
Ballmusik
freundlichst ein M. Thalheim.

Gasthof Lentewitz.

Sonnabend, 6. Nov., ladet zur
Ballmusik
freundlichst ein G. Gräfe.

Gasthof Sageritz.

Sonntag, 7. Nov., v. 6 Uhr an
Ballmusik
wogu ergeb. einladet M. Wolf.

Die heutige Nr. umfaßt
6 Seiten.
Hierzu Nr. 28 des
„Gräßler an der Elbe“.

Siemens- und Schudert-Konzern-Abneidungs-Union.

München, 4. November.

Mit dem Anschluß des Siemens- und des Schudert-Konzerns an die Interessengemeinschaft der in der Rhein-Union zusammengefaßten Werke Deutsch-Luxemburg und Seltenschen wird ein Wirtschaftsgebilde ins Leben gerufen, das in Deutschland und weitestgehend in der ganzen Welt in Umfang und Größe seiner wirtschaftlichen Dimensionen und seiner fabriktorischen Erfahrungen eine einzigartige Stellung einnehmen wird.

Die Gründe für diesen Zusammenschluß sind in der heutzutage gebotenen technisch-wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen. Die wirtschaftliche Notlage unseres Vaterlandes zwingt zu einer kräftigeren Zusammenfassung von Rohstoff und Fertigfabrikat. Die wenigen und aus dem Friedensvertrag resultierenden Rohstoffe verlangen gezielte im Interesse des Niederklassens unserer Volkswirtschaft eine bedeutend wirtschaftlichere Ausnutzung und eine tiefere Veredelung als bisher.

Deutschland hat in glücklichen Friedensjahren seine Veredelung nur dadurch ernähren und entwickeln können, daß es eigene und fremde Rohstoffe veredelte und als hochwertige Halb- und Fertigfabrikate im Auslande absetzte. Die kommenden schweren Jahre wird es wirtschaftlich nur überwinden können, wenn es seine Arbeitskräfte so weiter entwirft, seine Arbeitsverfahren noch wirtschaftlicher gestaltet, die Güte seiner Fabrikate auf eine noch höhere Wertstufe stellt als bisher, und sie obendrein zu gleicher Zeit verbilligt.

Diese Veredelung der Veredelung muß aber unmittelbar am Rohstoff selbst einsetzen. Rohstoffe sind und schon seit einigen Jahren nicht mehr nur Träger von Wärmeenergie, sondern die reiche Quelle, der bisher noch unerschöpfte Vorrat wertvoller chemischer Produkte.

Sie stehen vor am Anfang einer erst dankt gedachten in ihrer Tragweite für unser Wirtschaftsleben noch nicht überscharen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Eisen und Stahl setzen ebenfalls seit den letzten Jahrzehnten in nicht zu verkennender Weise in ihrer Entwicklung die ausgeprochene Tendenz nach immer höherer Wertigkeit.

Weiterhin verlangt die Verbilligung der Arbeitsverfahren der Fertigungsindustrie bei den bestehenden und sicherlich auch bleibenden hohen Löhnen hochwertige und gleichbleibende Güte der Halbfabrikate. Schon im Hochofen, im Stahlwerk, in den Walzwerken, im Kupolofen hat dieser Veredelungsprozess einzusetzen, um zu einem wirtschaftlichen Endresultat führen zu können.

Diese technischen und wirtschaftlichen neuen Aufgaben können ihrer Lösung nur ausgeführt werden in weitestgehend vertiefter Erkenntnis der hundertfach gestellten Anforderungen und der technischen Möglichkeiten ihrer Befriedigung. Sie führen fast zwangsläufig zu Wirtschaftsgemeinschaften, die vom Rohstoff beginnend, bis zum Fertigfabrikat in seinen verschiedenen Formen die gesamten Produktions- und Abgabeverhältnisse zu übersehen vermögen. Dieses Gebilde ist eine gemischte Betriebsgruppe, sie vermeidet eine monopolartige Regelung der Wirtschaft.

Die enge Interessengemeinschaft läßt sich natürlich nur über die finanzielle Seite ermöglichen. Die Selbständigkeit der einzelnen Unternehmungen bleibt, wie im bekannten Rheinische-Vertrag vorgegeben, gewahrt. Die Unternehmungen treten nur in einer Volksgemeinschaft zusammen, welche Rechte auf die gemeinsame Ausbeutung wirtschaftlicher Verhältnisse erhält und die finanziellen Bedürfnisse regelt. Der Vertrag wird nicht nur von der Siemens u. Halske, A.-G., und der C. A. vorm. Schudert u. Co., sondern auch von deren gemeinsamer Tochtergesellschaft, den Siemens-Schudertwerken, vollzogen. Die Schudertgesellschaft ist eine der bedeutendsten bayerischen Unternehmungen; mit den unmaßlichen Rührberger Werken der Siemens-Schudertwerke bildet sie eine der größten bayerischen Produktionswerkstätten; mit ihren weiterverarbeiteten Unternehmungen für Erzeugung und Vertrieb elektrischer Energie und mit ihrer Kontrolle über die kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen ist sie ein einflussreicher Faktor auf dem Gebiete des elektrotechnischen Fortschritts. Die Siemens u. Halske A.-G. mit ihren eigenen Werken, ihrem höchsten Besitz an den Siemens-Schudertwerken und ihren anderen zahlreichen Tochterunternehmungen im In- und Auslande zählt an Bedeutung und Größe zu den ersten des Deutschen Reiches. Die Bedeutung der Rheinische-Union als größtes Unternehmen des Rheinischen Industriegebietes ist bekannt. Bayern und Berlin gehen demnach eine Einigung mit Rheinland und Westfalen ein, und führende Industrie des Reiches schließen ein auf 80 Jahre berechnetes wirtschaftliches Band, das allen Abipaltungsgerichten Bayerns und der Rheinlande Vorteil und auch der Industrie Bayerns den wünschenswertesten finanziellen Einfluß auf das Wirtschaftsleben unseres Volkes gibt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. November 1920.

Am Regierungstisch: Sebrenbach, Seins, Koch, Wirth, Seher, Simons. Während Löbe eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr und teilt mit, daß die nächste Sitzung des Wahlprüfungsausschusses am 11. November stattfindet. Die allgemeine politische Erörterung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Sefferich (DntL)

warnen vor der obersteinsten Autonomie. Der Waadburger Vorfall sei aufgebaufertes Wirtschaftsstandal. Wir

Neue Handelsverträge.

Wirtschaftsverträge mit Oesterreich, der Tschechoslowakei und England.

Dem Reichsrat und dem Reichstag gehen demnächst drei Gesetzentwürfe über die Wirtschaftsverträge zu, die Ministerialdirektor von Stockmann im Namen der deutschen Regierung mit den Regierungen in Oesterreich, der Tschechoslowakei und in England abgeschlossen hat. Diese Handelsverträge stellen die ersten Wirtschaftsverträge dar, die die wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Teil des Auslandes, die durch den Krieg bewirkt durch den Friedensvertrag unterbrochen waren, wieder in völkerechtliche Form fassen. Der oesterreichische Vertrag ist auf den alten Handelsvertrag mit der österreichisch-ungarischen Monarchie aufgebaut, trägt aber den neuen Verhältnissen soweit als möglich Rechnung. Die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei sind in einer so freundschaftlichen Weise geschlossen worden, daß ein weites Entgegenkommen auf beiden Seiten möglich wurde. Die Verhandlungen mit England haben sich ebenfalls an den alten Handelsvertrag, der zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie bestand, angelehnt. Das deutsch-ungarische Wirtschaftsabkommen ist am 1. Juni, das deutsch-tschechoslowakische Abkommen am 1. September des Jg. unterzeichnet worden. Alle drei Abkommen bauen sich auf dem Grundsatze der Weitebündigkeit auf. Die gezielte Fortentwicklung von Handel und Verkehr ist ferner durch die Gewährung der freien Durchfuhr gesichert. In dem Abkommen mit der Tschechoslowakei und Oesterreich kommt auch der Regelung der Grenzbeziehungen eine große Bedeutung zu. Der gemeinsame Eisenbahnverkehr ist neu geregelt worden. Besondere Abkommen sind mit der Tschechoslowakei über den gegenseitigen Bezug von Rohstoffen, mit der Tschechoslowakei und mit Oesterreich über die Regelung gewisser finanzieller Fragen geschlossen worden. Ferner mit der tschechoslowakischen Regierung ein besonderes Abkommen über die Anwendung des Artikels 29 des Friedensvertrages von Versailles, der das Vorkaufsrecht der alliierten und assoziierten Mächte regelt und den damit in Zusammenhang stehenden Staatsangehörigkeitsvertrag.

Der Wiederbeginn normaler internationaler Beziehungen vollzieht sich sehr schleichend. Zwei Jahre schon sind vergangen, seit der letzte Schuß im Weltkrieg gefallen ist, und erst jetzt findet sich für Deutschland eine neue wirtschaftsfriedliche Ära in seinem Verhältnis zu anderen Staaten an. Was im letzten Sommer von der handelspolitischen Abteilung des Reichsaussenministeriums auf diesem Gebiete vorbereitet worden ist, wird nun, wie oben berichtet, dem Reichstag zur Genehmigung unterbreitet. Die drei handelspolitischen Vereinbarungen stellen Deutschlands Wirtschaftsbeziehungen zum Südosten hin auf eine neue, wechselseitig die Weitebündigkeit festlegende Grundlage, und zwar in allen Fragen der Einfuhr, der Ausfuhr und der Durchfuhr. Das sichert Deutschland immerhin bedeutende Vorteile, namentlich, wenn man die erschöpfenden Bestimmungen des Versailler Vertrages danebenhält. Dem bösen Willen, der dort die Feder führte, wird hier in dem unverkennbar guten Willen, wirtschaftlicher Annäherung die Richtlinien zu weisen, ein gewisser Ansatz entgegengekehrt. Freilich in verhältnismäßig bescheidenem Ausmaß, aber daß z. B. die Tschechoslowakei, ein früherer ausgesprochener Feindstaat, dem deutschen Vertragspartner weitgehendes Entgegenkommen erweist, ihm ganz besonders die Möglichkeit des Durchfuhrhandels mit Rußland eröffnet, der im Nordosten durch französisch-polnische Zwischenhaltungen mit immer neuen raffiniert ausgetüschelten Mitteln zu verhindern versucht wird, daraus ist zweifellos eine gewisse Ermüdung der Freigabe der gesperrten deutschen Güter, das Abwesenheit von Handelsabkommen — Steinfabrik gegen Braunkohle — und die Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage sind gewiß schätzenswerte Errungenschaften, die auch dem Geiste der deutschen Unterhändler ein gutes Zeugnis ausstellen. Der Vertrag mit Ungarn entspricht im großen und ganzen dem mit der Tschechoslowakei, der mit Oesterreich dem früheren Handelsabkommen mit der Donaumonarchie, ausüßlich besonderer finanzieller Vereinbarungen. Deutschland mußte zwar hier und da zu nicht leichteren Bedingungen eingehen, die Wirtschaftsverträge als Ganzes stellen indessen einen so greifbaren Fortschritt dar, daß an der Zustimmung des Reichstages nicht zu zweifeln ist.

Hätten so schon genügend Zwischenfälle gehabt, als daß der Minister noch solche künstlich konstruieren sollte. Der Minister sollte sich lieber um die Uebergriffe der Polen kümmern. Die Anklagen des Abgeordneten Müller-Franken, daß Deutschland gegen die Uebergriffe der Entente machtlos sei, wirken wie eine Einladung an das Ausland, neue Uebergriffe zu begehen. Redner polemisiert ferner gegen die Ausführungen Scheidemanns über die Entbindung der Beamten und Soldaten vom Treueid gegen den Kaiser und über die Offiziere. Er sei klar, daß in der Regierung selbst die Förderer der Revolution lägen. Der Kaiser ist, um dem Bürgerkrieg zu vermeiden, nach Holland gegangen. Der Abgeordnete Müller-Franken gehöre auch zu den Persönlichkeiten, die am Tage des Kaputtstreiches nach Dresden geflüchtet seien. Redner greift die äußerste Linke an, weil sie offen die Gewalt predige. Er tritt für die Organisationsorganisation ein und warnt vor der geplanten roten Armee, sowie vor der Anspannung von Handelsbeziehungen mit Rußland, dessen einziges Handelsobjekt die Revolution sei. Nachdem Redner noch die energische Ablehnung der Dieselmotorenwünsche der Entente gefordert, geht er zur Verprechung des Etats über. Er bezweifelt, daß sich das Gleichgewicht werde herstellen lassen. Den Ausgaben von 100 Milliarden gegenüber ständen an Einnahmen nur 30 Milliarden gegenüber. Schlechte Aussichten für den nächsten Etat. Bei seinem Auscheiden aus dem Reichstag betragen die Staatsausgaben 40 Milliarden, heute 290 Milliarden und am Ende des Rechnungsjahres werden sie auf 325 Milliarden steigen sein. Eine Bankrott-erklärung entbinde das Reich nicht von seinen Verpflichtungen gegen seine Beamten, gegen die Versammelten und gegen die Entente. Redner freit die Valutafrage, schildert das Wettrennen zwischen Löhnen und Preisen. Er betont die Notlage der kleinen Rentner und Pensionäre. Die Steuererhebung verdirbt die Lage noch. Hier könne wenigstens noch eine Milderung einleiten. Das deutsche Volk könne schon seine eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen, geschweige denn die ungeheuren Forderungen der Entente erfüllen. Das ganze Reichsnotopfer bringe, wenn es richtig eingebe, ganze 65 Milliarden, diese also nicht einmal die Bedürfnisse eines Jahres. Dazu komme die Gehaltssteigerung mit ihren 35 bis 70%, Abgaben. Alles das führe zu einer Verminderung des Bürgerums. Unsere Wirtschaftskraft sei somit am Ende. Die Entente müsse die Dinge sehen wie sie sind. Dagegen müsse eine feste Zahl als Grenze unserer Verpflichtungen festgesetzt werden. Die Winderträge bei der Eisenbahn und Post müßten genau untersucht werden. Lohnerhöhungen dürften nur erfolgen, wenn es gar nicht anders gehe. Eine wesentliche Verinsicherung der Steuererhebung müsse eintreten. Redner empfiehlt überhaupt eine Reichsteuer, um der Verminderung beim Eingehen der Steuer entzogen ist, fordert eine Revision der Reichsbesoldungsordnung in dem Sinne, daß Vorkaufungen von Landesbeamten gegenüber den Reichsbeamten vermieden werden. Es solle auch nicht zur Sparanleihe, daß 25000 Beamtenstellen neu geschaffen und durch Notnachtragsetat vom 6. August d. J. in aller Stille eingerichtet seien, den das Haus ein bloc angenommen habe. Diese Stellen müßten genau auf ihre Notwendigkeit hin geprüft werden, daß aber der Reichsanwaltminister, der doch stets von Sparanleihe predige, selbst den Rat belege, solche Forderungen zu stellen, sei doch höchst seltsam. Unter Wirtschaftspolitik lasse sich nur durch Freiz, Arbeit, Wirtschaftstreue und Sparanleihe wieder heben, nicht durch Sowjetrezepte. Dagegen gehöre auch die Sozialisierung, selbst Kantzig sei für die Wiederherstellung der kapitalistischen Verhältnisse eingetreten, auch Scheidemann habe eine Sozialisierung nur in Zeiten höchsten Wohlstandes für möglich gehalten. Seine Partei lehne jede Sozialisierung ab. Sie proklamieren nicht den Klassenkampf, sondern die Klassenveröhnung (Widerstand) und werde sich bemühen, den Arbeitern die Augen zu öffnen. Die soziale Veröhnung ist die Grundbedingung für die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes.

Finanzminister Dr. Wirth:

Der Reichsrat hat das Maß der Kritik weit überschritten. Unter ihm hat man von Geistesblößen im Finanzministerium auch nichts bemerkt. Er hat keinen einzigen Vorschlag ge-

macht, wie wir aus der Finanznot herauskommen. Die Neubildung von Ländern berührt doch nicht die Reichsbeiträge, nachdem sie durch die drei großen Klammern der Reichskassen, Reichseisenbahn und Reichspost zusammengehalten wird. (Beif. b. d. Mehrheit, Widerspruch rechts.) Allen Schichten der Bevölkerung sind schwere Opfer auferlegt worden. Da muß auch der Besitz herausgehoben werden. Die Besoldungsordnung fand ich bereits vor. Die Länder haben das Sperrgesetz abgelehnt. Selberich mag sich bei seiner Partei erkundigen, wieviel neue Beamtenstellen sie selbst gefordert hat. Leider ist jeder Gemeinnut in der deutschen Volksbewegung. Dr. Selberich hätte auch an die Kreise der Schwerindustrie einige mahnende Worte richten müssen (Beif. b. d. Mehrheit). Wir werden in den nächsten Tagen vielleicht eine Milliardenvorlage machen müssen, um dem Volke das nötige Brot zu schaffen. Notwendig ist eine Stabilisierung unseres Geldwertes. Die Franzosen kann man allerdings noch nicht aus ihrer Kriegsschuld befreien, daß Deutschland alles bezahlen werde, wie hoch ihnen gefaßt hat. Aber Selberich, der den fundamentalen Irrtum begangen hat, einst zu sagen, das Vorkaufsrecht der Kriegskosten sollen die anderen hinter sich her schleppen, er ist nicht berufen, hier als Anführer gegen die jetzige Regierung aufzutreten. (Beifall bei der Mehrheit)

Abg. Dr. Cuzak (D. Sp.):

Die Aufgabe, Brot zu schaffen, ist deshalb doppelt schwer, weil wir nichts mehr zu exportieren haben. Mit seinen Angriffen gegen die Schwerindustrie ist der Minister wohl etwas zu weit gegangen. In der letzten Zeit sind durchschnittlich 12 bis 15% Dividende in Papiermark gezahlt worden, während die Aktien in Goldmark bezahlt werden müßten. Der Aufbau des formalen Etats ist ebenso mühsam wie unklar. Eine Verbeimischung von Währungsnoten kann keinesfalls gebilligt werden. Für die Reichsbetriebe müssen genaue Spezialpläne nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt werden. Ferner ist die Verbilligung einer Teufelsschraube über die Grundzüge bei Aufstellung des Etats zu fordern. Die Sanierung eines großen Betriebes muß auf der Ausgabe Seite beginnen und kann nicht durch Steigerung der Einnahmen erfolgen. Ein weiterer Punkt ist der Widerstand gegen die wachsende Steigerung der feindlichen Belastungskosten. Redner bespricht dann die Entwertung des Papiergeldes und bedauert die Angriffe der Sozialdemokraten gegen die Regierung in der auswärtigen Politik. Die Spargroschen des Arbeiters gehören in das Werk hinein; wir müssen ein geschlossenes Volk werden, dann erst werden wir zum Wiederaufbau kommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr; Anfragen; Interpellation über die Kartoffellieferungen. Weiterberatung und keine Vorlagen. Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Hauptauschuh des Reichstags.

Der Hauptauschuh des Reichstags nahm bei der weiteren Beratung des Etats für die besetzten Gebiete einen Antrag, auf Herabsetzung der Belastungsziffer und auf Begrenzung der Kosten zu drängen, einstimmig an. Ferner wurde der Regierungsantrag, die Kosten der Besatzungsbehörden von 20 auf 40 Millionen zu erhöhen, angenommen. Desgleichen wurden einige weitere von der Regierung geforderte Erhöhungen bewilligt. Angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, darauf hinzuwirken, daß die Zahl und die Tätigkeit der im Rheinland angetheilten Delegierten sich im Rahmen des Rheinlandabkommens halte.

Die bolschewistische Gefahr in Polen.

Aus Polen wird berichtet: Um die letzten Streiks zu beenden und noch bevorstehende abzuwenden, sind die Arbeiterkassen Lohnverbündungen bewilligt worden, die jede kaufmännische Berechnung unmöglich machen. Die Arbeiter erhielten rückwirkend bis 1. Oktober 100 Prozent Lohnzuschlag, so daß ein ungelernter Arbeiter heute einen Stundenlohn von 80 Mark erhält; das entspricht bei achtstündiger Arbeitszeit einem Jahresverdienst von 75000 W. In diesen ungewöhnlichen Jugentänden waren die Behörden aber gezwungen, denn der für Polen beabsichtigte

Generalkrieg war, wie der in Konventionen bereits eingetretene und nur durch rechtliche Gewährung aller Forderungen abgewehrt, bis in die Einzelheiten organisiert. Es ist politischer Bolschewismus, der sich zum Schließen fertig macht. Im Zusammenhange damit hat das geschäftliche Leben in Polen harte Schläge erhalten. Es ist als geradezu tot zu bezeichnen. Waren sind nicht vorhanden, Anfolge hoher Preise wird nicht eingelöst. Die Industrie (Werte wie Geleis) beschäftigt sich mit Reparaturen. Ihre Aktien steigen nur durch die Geldentwertung; mit den Reparaturen aber verflüchtigt sich auch noch das vorhandene Material, das nicht ersetzt werden kann. Dann steht die polnische Industrie vor dem Nichts.

Der bolschewistische Terror in Russland.

Nach zuverlässigen Feststellungen wurden in Russland in sieben Monaten der Jahre 1918 und 1919 in nur 20 Gouvernements 7095 Männer und Frauen erschossen, 58581 Verurteilungen erging und 117 Millionen Rubel konfisziert und als Geldstrafen eingezogen.

Der Fall Dobner in München.

Aus München wird gemeldet: Der mit der Angelegenheit Dobner betraute parlamentarische Untersuchungsausschuss fasste mit 13 gegen 3 Stimmen einen Beschluss, in dem gesagt wird, die Frage, ob Organe der Münchener Polizeidirektion eine Drahtkammer bildeten, die sich zur Aufgabe gestellt habe, Menschen gewalttätig zu beseitigen, sei mit nein zu beantworten.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

Bei der Abstimmung der englischen Bergarbeiter wurden 388 045 Stimmen für die Annahme der in der vergangenen Woche getroffenen Vereinbarung und 348 000 Stimmen dagegen abgegeben. Da nach den Bestimmungen des Bergarbeiterverbandes eine Zweidrittelmehrheit für den Zustand vorhanden sein muss, um ihn fortzusetzen, ist der Bergarbeiterstreik für beendet erklärt und den Verleuten geraten worden, die Arbeit unersichtlich wieder aufzunehmen. Der Verlust an Kohle infolge des Streiks der englischen Bergarbeiter beträgt 14 Millionen T. Die Bergarbeitergewerkschaft hat zwei Millionen Pfund Sterling an Streikunterstützung gewährt. Der Verlust an Löhnen der Bergarbeiter beträgt 15 Millionen Pfund Sterling.

Die Streikbewegung der französischen Bergarbeiter.

Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter, der Mittwoch seine Beratungen beendet hat, hat einen Aufruf an die gesamte französische Arbeiterschaft und die französische öffentliche Meinung gerichtet, in dem die Bergarbeiter ihre Forderungen damit rechtfertigen, dass eine große Anzahl unter ihnen bei der heutigen Verabreichung ein elendes Dasein fristen müsse. Werde am 15. November die Kohlenförderung in ganz Frankreich unterbrochen, dann wisse das Land, wen die Verantwortung hierfür treffe.

Die Verhinderung in Frankreich gegen England.

„Weltmeister Gazette“ schreibt in einem Leitartikel über die in Frankreich herrschende Verhinderung gegen England u. a.: Die britische öffentliche Meinung billigt den Reichsbeschluss der britischen Regierung, auf eine eventuelle Beschlagnahme deutschen Vermögens zu verzichten und betrachtet ihn lediglich als das Ergebnis der Wiederannahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland. Man könne Deutschland nicht Glas-Notbringen, Oberkleeien und, wenn es keinen Verpflichtungen nicht nachkomme, das Rubrubiet nehmen und erwarten, dass Deutschland fortwähre, große Kohlenmengen zu liefern, oder so viel zu erzeugen, dass es damit der Wiederherstellung gerecht werde. Das englische Volk sei der Ansicht, dass die Weigerung, eine Entschädigungssumme festzusetzen, von der man erwarten könne, dass Deutschland sie wirklich zu zahlen imstande ist, sowohl unpraktisch als auch ungerecht sei. Es bestehe unabweisbar eine starke Strömung in der französischen öffentlichen Meinung, die der Ansicht sei, dass die Sicherheit nur erkauft werden könne durch Gewalt und nochmals durch Gewalt. Die Weigerung der Engländer sei nicht dieser Ansicht.

„Libre Belgique“ teilt mit, dass der Ministerpräsident de la Croix die Nachricht entschieden widerrufe, nach der Belgien in den nächsten Wochen die Aufhebung der Beschlagnahme deutscher Güter bekannt geben werde. Leon Bourgeois erklärte dem Pariser Vertreter der „Nordiska Bergcentralen“, die Frage, ob die Generalversammlung

Neue Brennstofftechnik — eine Lebensfrage unserer Wirtschaft.

Die furchtbare Not, in die uns der Krieg und sein unglücklicher Ausgang geführt haben, kann nur durch Hebung unserer Gesamtenergie in Landwirtschaft, Bergbau und Industrie gebannt werden, und diese von allen Seiten geforderte Erhöhung der Produktion ist in wesentlichen eine Frage der Technik. Bisher ist mit den Bodenschätzen, den Naturkräften und der menschlichen Arbeit eine Verlebensweise getrieben worden, die sich unserer Vermittlung nicht mehr leisten kann, wenn es sich vor dem Untergang bewahren will. Die Technik muss uns Wege zeigen, durch die Werte geistart und neu gewonnen werden können. Diese Wege weist uns ein weit schauendes Welt „Die neue Technik“ von Geh. Rat H. U. v. d. H. er, das schon als „in Land der bei Karl Stegmann in Berlin erschienenen Sammlung „Die neue Welt“ veröffentlicht wird. Aus dem Reichtum der Gesamtheit, für das der Verfasser hier neue Aufgaben und neue Lösungen angibt, ist ein Gebiet hervorgehoben, das uns in dieser Zeit der ersten Kräfte besonders nahesteht; die Frage der Brennstoffherstellung. Alles Leben und alle Arbeit in der Welt sind von der Sonnenwärme abhängig, und zwar von der besonderen Form, in der sie uns aufgereichert in großen Mengen zur Verfügung steht, nämlich von der Kohle. Die Ergebnisse der letzten Jahre haben uns ja alle aufs deutlichste davon überzeugt, dass unser Dasein und unsere geschichtliche Stellung von der Kohle abhängt. Alle wirtschaftliche Macht hat sich jetzt dort hin verschoben, wo Kohle gewonnen wird, und Staaten ohne Kohle können nur noch in Abhängigkeit von anderen bestehen. Was wir jetzt als Energie von der Sonnenwärme nutzbar machen aus dem Bodenstrom an Holz, aus Wasser- und Windkräften könnte kaum der Hälfte der Menschen ein arbeitsfähiges Dasein sichern, dem Charakteristischer Jahrhunderte ähnlich Lebensansprüche, wie sie heute in den Kulturländern gestellt werden, könnten bei dem Vorhandensein nur dieser Energien nicht einmal von einem Zehntel der jetzigen Bevölkerung freigelegt werden. Erst durch die Ausnutzung der Kohle hat die Technik die Grundbedingungen des Lebens und der Arbeit gewaltig erweitert und vollständig umgestaltet. Der Bodenstrom ist durch künstlichen Dünger und Industriearbeit, die beide nur der Kohle zu verdanken sind, etwa verdreifacht; auch Bodenbebauung ist schon erfolgreich versucht worden. Diese einzigartige Wichtigkeit der Kohle

zwängt uns, da wir große Kohlenlager verloren haben und unsere Kohlenwirtschaft durch die unangenehme Lieferung im Ausland aufs schwerste belastet ist, zum größeren Sparen und richtigeren Bewerten der Brennstoffe. Bisher ist in dieser Hinsicht kaum etwas getrieben worden, größte Verschwendung unerschöpflichen Volksgutes. Denn in den besten Dampfmaschinen der Großbetriebe wird durchschnittlich nur etwa ein Zehntel der Kohlenwärme in Ausbeute umgewandelt, neun Zehntel verschleudert; bei den Verkehrsmaschinen sehen sich gar nur vier Dunderstel in Arbeit um, sodass 96 Prozent des Heizwertes verloren gehen. Noch schlimmer ist es in Kleinanlagen und im Hausbrand. Der Hausbrand ist gegen den Verbrauch der Großtechnik zwar gering, macht nur etwa 12 Prozent des Gesamtkohlenverbrauches aus, aber in seinen zahllosen Feuerstellen wird noch verheerenderer mit dem kostbaren Brennstoff umgegangen und nur ein ganz geringer Prozentsatz in Wärme umgewandelt. Auch die hohen chemischen Werte werden mit unbekannt, fast nie wirtschaftlich zu gewinnen, und so werden Milliarden verschwendet. Nur rechtlose und vollkommene Ausnutzung der Kohle kann uns die zum Wiederaufbau notwendigen Kräfte sichern, und deshalb ist die Brennstofftechnik eine Lebensfrage unserer Wirtschaft. Die Brennstoffherstellung der wärmeumwandlungsartigen Dampfbetriebe muss aufhören; diese müssen durch Verbrennungsbetriebe ersetzt werden, die nur halb so viel Wärme verbrauchen, als jetzt die Dampfmaschinen, und aller Brennstoff, ein unerschöpflicher Beis Les Landes, muss gemeinschaftlich benutzt werden. Kein Brennstoff ist brennbar, sondern nur die Gase, in die er zerlegt wird. Eine neue Gastechnik muss daher eingeführt werden. Sie wird auch dem Hausbrand billigere und rationell ausgenutzte Wärme zuführen können, wenn außerhalb der Städte in guter Verhütung Gaswerke errichtet werden und das Heißgas der Städte durch Fernleitung zugeführt wird. „Die neue Gastechnik“, sagt Riedel zu zusammenfassend, „verbunden mit richtiger Brennstoffwirtschaft, muss den notwendigen großen Fortschritt bringen. Auch minderwertige Brennstoffe sind auszunutzen, die bisher nicht verwertbar waren, und die Kraftbetriebe müssen berart geändert werden, dass sie wirtschaftlicher arbeiten und mit jedem heizfähigen Brennstoff betrieblen werden können. Die zu schaffende Verbrennungsbetriebe darf nur etwa die Hälfte gleich harter Lampenlampen kosten und soll wesentlich weniger Wärme verbrauchen als diese. Die Brennstoffe in den Brennstoffen dürfen nicht verbrannt, sie müssen durch richtigen Bergbau vor dem Brennen gewonnen werden.“

Wahrung Frankreichs und Belgien im Einklange zu lassen, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund anzulassen. Ein derartiger Antrag würde in Deutschland heftigen Widerstand hervorrufen, und die Existenz des Völkerverbundes aufs Spiel setzen.

Möbel fabrik Max Trips
Inh.: Albin Wauer
Dresden-N., Königsbrückerstr. 56.

Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern in jeder Preislage und für jeden Geschmack.

Für Kostüme und Kleider

Reinwollenes **Damentuch**

— das Praktischste und Schönste —

Wir haben je 100 Meter in schwarz, marine, grün hereinbekommen und bieten dasselbe zum günstigen Preis von M. 120.— an.

Hodewarenhaus **Gebr. Riedel**

Ecke Goethe- u. Schützenstraße.

Bekanntmachung.
 Von der Flurgenossenschaft Mergendorf ist eine Remise des Genossenschaftsvorstandes sowie eines Stellvertreters vorzunehmen.
 Die Wahlliste hängt von heute an im kleinen Gasthof bis 13. November im Nebenraum Einflucht aus und sind Einsprüche gegen die Wahlliste bis dahin in der erwähnten Zeit bei Unterzeichnetem anzubringen.
 Zur Wahl selbst wird am Dienstag, den 10. November 1920, nachm. von 4 bis 6 Uhr Termin anberaumt und haben sich die wahlberechtigten Mitglieder der Genossenschaft zur angegebenen Zeit im kleinen Gasthofe einzufinden und ihre Stimme abzugeben.
 Mergendorf, am 5. November 1920. Nagel.

Selbsthilfefauf von 200 Str. Kartoffeln.
 Die Kartoffelgenossenschaft des Kartoffelgroßhandels, G. m. b. H. Berlin, sucht für Rechnung derer, die es angeht **200 Str. gelunde Speisekartoffeln** im freien Handel zur sofortigen Lieferung zu kaufen. Angebot erbittet **Hans Ludwig, Riess** im Auftrag d. Kartoffelgenossenschaft des Kartoffelgroßhandels m. b. H. Berlin.
 In Trocknungsabzwecken kaufen jedes Quantum angetrocknete oder durch Witterungseinflüsse beschädigte **Kartoffeln, Mohrrüben, Runkelrüben** und andere Feldfrüchte und bitten um feste Offerten. **Graffelt & Viktorius, Dresden-N. 10.** Telegramm-Adresse „Fement“ Dresden. — Telefon Nr. 22 380 und 14 617.

Raucher die mit dieser teuren Leidenschaft behaftet sind, werden durch unser bewährtes „H b s i n“ befreit. Packung zur 3-wöchigen Kur 6 Bl., 240 St. (Unschädl.) Wirkung garantiert. 1800 Dankscr. Deutsch & Co., Neudamm, Postl. Nr. 142.
Belegheilsauf.
Gr. weiche Woll-Decken
 darunter einige weiße, welche sich gut zu Mänteln und Röcken eignen, billig zu verkaufen. **H. Wagner, Ecke Bismarck- und Schloßstr.**

Laden
 für Kaffee- u. Konfitürengeschäft
 an bester Lage von Villen-Großunternehmern per sofort oder später zu mieten gesucht. Offerten unter V. K. 16266 an Ad. Wölke, Braunschweig, erb.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Ruckerkrankenhaus in Kairo. Ein Krankenhaus, das die vollkommenste und großzügigste Anlage seiner Art in der Welt werden soll, wird von der ägyptischen Regierung in Kairo errichtet. Die Kosten werden auf über eine Million Pfund veranschlagt. Das Krankenhaus, das etwa 1200 Betten haben soll, wird auf einem 20 Hektar großen Terrain auf der Rhoda-Insel am Nil erbaut. Verschiedene medizinische Lehranstalten sollen damit verbunden sein, so ein besonderes Institut für Augen- und Zahnkrankheiten. Besondere Aufmerksamkeit wird der Erforschung vieler, bisher noch wenig bekannter Krankheiten des Orients zugewendet werden. Der Bau des Krankenhauses soll von einem englischen Architekten ausgeführt werden, der durch ein Preisausgeschrieben gewonnen werden wird.

Mitteilungen des Zentralverbandes für Desinfektion und Hygiene. Die schweren Erschütterungen unserer Volksgesundheit haben nicht nur zur Gründung von Landesverbänden für hygienische Volksbelehrung geführt, sondern auch die Zentralvereine veranlaßt, sich zu gleichem Zweck in einem Zentralverband für Desinfektion und Hygiene zusammenzuschließen. Die konstituierende Sitzung fand am 25. Oktober in Berlin statt. Als Ziele des Verbandes wurden eine umfängliche energische Volksaufklärung über die Bedeutung von Desinfektion und Hygiene, — die Förderung und Vertiefung der wissenschaftlichen Forschung auf allen Gebieten der Hygiene, — die Normalisierung der Desinfektionsmittel zum Zwecke einheitlicher Verordnungen, — die Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von allen Instanzen des öffentlichen Lebens aufgestellt. Es wurde sofort ein Normen-Ausschuß zur Schaffung fester Typen für die Desinfektionsmittel und ein Ausschuss der Apparatebauanstalten berufen, die sich selbst erweitern werden. — Durch die Gründung ist mit Rücksicht auf die Exportfähigkeit der Industrie ein von I. v. d. H. b. d. u. t. g. s. als Organ geschaffen, und durch den Operativen der beteiligten Firmen der wissenschaftlichen Forschung und den behördlichen Maßnahmen eine große Unterstützung zuteil geworden.